Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag
Reihe: Rechtswissenschaften
Band 89

Romaric Cécillon

Die Rücknahme europarechtswidriger Subventionsbescheide in Deutschland und in Frankreich

Tectum

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wissenschaftliche Beiträge
aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaften

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wissenschaftliche Beiträge
aus dem Tectum Verlag

Reihe: Rechtswissenschaften
Band 89

Romaric Cécillon

Die Rücknahme europarechtswidriger Subventionsbescheide in Deutschland und in Frankreich

Tectum Verlag

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Romaric Cécillon

Die Rücknahme europarechtswidriger Subventionsbescheide in Deutschland und in Frankreich

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,
Reihe: Rechtswissenschaften; Bd. 89

© Tectum Verlag Marburg, 2017

Zugl. Diss. Philipps-Universität Marburg 2016

ISBN: 978-3-8288-6690-4
(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch unter der ISBN 978-3-8288-3947-2 im Tectum Verlag erschienen.)
ISSN: 1861-7875

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2015/2016 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen. Die Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Juni 2016.

Für die ausgezeichnete Betreuung meiner Dissertation möchte ich mich bei meiner Doktormutter Prof. Dr. Monika Böhm für ihre jahrelange professionelle und personelle Unterstützung herzlich bedanken. Ihre hervorragende Betreuung, ihre Empfehlungen und Anregungen haben mich und meine Arbeit in vielerlei Hinsichten gefördert. Ihre unermüdliche Unterstützung, die sie mir zukommen ließ, hat mir immer wieder Kraft gegeben, meine Promotion fortzusetzen und das deutsche Recht weiter zu entdecken und zu durchdringen sowie das französische Recht näher zu erklären. Herrn Prof. Dr. Steffen Detterbeck danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Zu herzlichem Dank bin ich ebenso Frau Dr. Petra Zrenner und Herrn Prof. Dr. Francisco Bedecarratz Scholz, LL. M. für ihre unermüdliche Unterstützung verpflichtet, die sie mir zukommen ließen und die mir immer wieder Kraft gegeben hat. Ferner muss ich Frau stud. iur. Lena Schneider, Frau stud. iur. Laura Mennonna und Herrn stud. iur. Johannes Parwulski für die gründlichen Korrekturarbeiten ganz herzlich danken.

Prof. Dr. Lars Klöhn, LL. M. danke ich zudem für seine Ermutigung dazu, nach dem Masterstudiengang meine Promotion in Deutschland durchzuführen. Für seine bereichernden Hinweise möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Ein ganz besonderer Dank geht an Herrn Frederik Bleiber nicht nur für die Korrektheit der deutschen Sprache, sondern vielmehr für die seelische Unterstützung auch in Momenten der Verwirrung oder gar der Verzweiflung.

Abschließend widme ich diese Arbeit meinen Eltern Bernadette Cécillon und Jean-Louis Cécillon sowie meinen verstorbenen Großeltern Colette Cécillon und Jean Cécillon, ohne deren Unterstützung ich nie nach Deutschland gereist wäre, um mein Studium dort fortzusetzen, und ohne deren großes Vertrauen und große Liebe ich es nie geschafft hätte, dieses Projekt zur Vollendung zu bringen.

Frankfurt, Januar 2017 Romaric Jean-René Cécillon, LL. M.

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 17

Erster Teil: Beihilfe und Unionsrecht 23

§ 1. Prinzipien des Beihilferechts 23

A. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts 23

I. Der *effet utile* 23

II. Der *effet direct* 26

B. Die Rückforderung von rechtswidrigen Beihilfen 27

I. Die Rechtswidrigkeit der Beihilfe 28

1. Die formelle Rechtswidrigkeit infolge einer Nichtnotifizierung 28

2. Die materielle Rechtswidrigkeit: Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt 30

a) Das Kriterium der Öffentlichkeit der Hilfe 31

(1) Der Fall *Stardust* 32

(2) Der Fall *PreussenElektra* 34

(3) Der Fall *Pearle BV* 35

b) Die Selektivität der Maßnahme 36

c) Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs 39

d) Die Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels 40

II. Die Anordnung der Rückforderung 41

1. Die Anordnung durch die nationalen Instanzen 41

2. Die Anordnung durch die Kommission 42

a) Die einstweilige Rückforderung 43

b) Die Rückforderungsanordnung 44

3. Die Grenzen der Rückforderungsanordnung 48

Zweiter Teil: Die Rücknahme der europarechtswidrigen staatlichen Beihilfe in Deutschland 49

§ 1. Das Wahlrecht der Verwaltung 49

A. Die Art der Beihilfegewährung nach Maßgabe der Rückabwicklungsmethode und die *Zwei-Stufen-Theorie* 49

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

I. Die *Zwei-Stufen-Theorie* 49

II. Die *Zwei-Stufen-Theorie* und das Beihilferecht 51

1. Der Fall *Ostdeutsche Werften* 52

2. Bewertung der Lösung 54

B. Die Rückforderung der durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zustande gekommenen Beihilfe 55

I. Die Möglichkeit der Vertragsanpassung nach § 60 Abs. 1 VwVfG 56

II. Die Rückabwicklung durch den allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch . . . 59

1. Das Fehlen eines rechtlichen Grundes: Der Wegfall der Geschäftsgrundlage und die Vertragsanpassung 59

2. Die Anwendung des § 58 Abs. 2 VwVfG: Eintritt des Vertrags anstelle eines Verwaltungsakts . . . 60

3. Kein Ausschluss des Rückerstattungsanspruchs 61

4. Zusammenfassung 61

§ 2. Die Rückforderung rechtswidriger Beihilfe durch die Rücknahmeregelung 63

A. Die Rücknahme und der Widerruf nach §§ 48, 49 im Allgemeinen 63

I. Die Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden Verwaltungsakts nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG 64

II. Die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts 65

1. Die Regelungen des § 48 Abs. 2 VwVfG 65

2. Die Erstattung des Erlangten bei der Rücknahme des Verwaltungsakts (§ 49a VwVfG) 66

3. Die Regelungen des § 48 Abs. 3 VwVfG 66

4. Die Regelungen des § 48 Abs. 4 VwVfG 66

III. Der Widerruf nach § 49 VwVfG 67

1. Der Widerruf eines rechtmäßigen belastenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 1 S. 1 VwVfG . . . 67

2. Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 2 VwVfG: Der Widerruf mit Wirkung für die Zukunft 68

3. Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 3 VwVfG: Der Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit 69

4. Der Widerruf des Subventionsbescheides nach § 49 Abs. 2 und 3 VwVfG 70

IV. Zum Sachverhalt 71

V. Bewertung der Lösung 72

B. Die Rücknahme einer durch Verwaltungsakt gewährten Beihilfe nach § 48 VwVfG 76

I. Die Rechtswidrigkeit des ursprünglichen Bewilligungsbescheids 76

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

II. Der Begriff der Begünstigung i. S. d. § 48 Abs. 2 S. 1 VwVfG 77
III. Schutzwürdiges Vertrauen und Voraussetzungen des § 48 VwVfG 78
IV. Die Voraussetzungen des Vertrauensschutzes nach § 48 VwVfG 79
C. Die Problematik des Vertrauensschutzes 80
I. Die Herkunft und Klassifizierung des Prinzips des Vertrauensschutzes 81
1. Ein altes Prinzip 81
2. Der Vertrauensschutz im Grundgesetz 82
II. Der Inhalt des Vertrauensschutzes. 84
D. Die historische Entwicklung bis zur *Deutsche Milchkontor*-Entscheidung 84
I. Die Kodifizierung und das Inkrafttreten des VwVfG: Änderungen und Inhalt 85
II. Anpassungszeit und Intervention des BVerwG zu nationalen Problematiken: Die Entscheidung vom 25. Juni 1982 86
1. Zum Sachverhalt 86
2. Die Bewertung der Lösung 87
E. Die historische Entwicklung des deutschen Rechts: Rücknahmevorschriften von *Deutsche Milchkontor* bis *Alcan II* 88
I. Die ersten Konflikte mit dem EG-Recht: Der *Deutsche Milchkontor*-Fall und seine Folgen 88
1. Die Entscheidung *Deutsche Milchkontor* von 1982 88
a) Sachverhalt 88
b) Die Lösung des EuGH 89
c) Die Konsequenzen für das deutsche Recht 90
2. Die Antwort des Großen Senats: Eine Lösung der nationalen „Probleme“ 91
a) Die innerlichen Konflikte 91
b) Inhalt der Lösung des BVerwG 92
c) Bewertung der Lösung 93
d) Grenzen der Lösung des Großen Senats 93
II. Das Scheitern der Lösung im Hinblick auf das Gemeinschaftsrecht 94
1. Der Fall des OVG Münster vom 26.11.1991 95
a) Die Lösung des OVG Münster: Ein Muster für eine europarechtskonforme Auslegung 95
b) Auswertung des Vertrauensschutzes 97
c) Auswertung der Problematik der Frist 98
2. Der Fall des OVG Koblenz: Die Antinomie des Urteils vom OVG Münster 99

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

a) Sachverhalt 99
b) Rechtsgedankenweg des OVG Koblenz 99
c) Bewertung der Lösung des OVG Koblenz 100
3. Der Verweis an den EuGH 101
F. Die Antwort des EuGH: Die *Alcan II*-Entscheidung 102
I. Die Wiederaufnahme der Logik der *Deutsche Milchkontor*-Entscheidung 102
1. Die Bestimmung der Reichweite der nationalen Rechtsgrundsätze 104
2. Konsequenzen für das deutsche Verwaltungsrecht 105
II. Die Reaktionen zur *Alcan II*-Entscheidung 106
III. Die Lehre aus der *Alcan*-Entscheidung und die Modifizierung des § 48 VwVfG 108
IV. Die *Alcan II*-Implementierung 109
1. Die *Alcan II*-Implementierung durch das BVerwG 109
2. Die *Alcan II*-Implementierung durch das BVerfG 111
a) Kein Vorliegen eines ausbrechenden Rechtsakts 111
b) Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts und die Bindung an EuGH-Entscheidungen 111
3. Konsequenzen für das deutsche Verwaltungsrecht: Kein schutzwürdiges Vertrauen wegen des Gemeinschaftsrechts 112
4. Bewertung der Lösung 113
G. Der Fall Ölmühle: Weitere Einschränkungen der aus dem Vertrauensschutzprinzip resultierenden Einrede 113
I. Sachverhalt 114
II. Die Bewertung des EuGH: Eingrenzung der nationalen Rechtsgrundsätze 114
III. Bewertung der Lösung 115
H. Zwischenfazit zur Verwendung des Prinzips des Vertrauensschutzes und der Modifizierung der §§ 48, 49 VwVfG 116
§ 3. Vertrauensschutz und Lockerung der Bestandskraft? 117
A. Das Urteil *Kühne&Heitz* 117
I. Sachverhalt und Fragestellung 117
II. Die Empfehlung des Generalanwalts 118
B. Die Rechtslösung des EuGH: *effet utile* und *loyale Zusammenarbeit* über alles? 118
C. Zwischenfazit zu den Konsequenzen der *Kühne&Heitz*-Lösung 119
D. Die Urteile *i-21 Germany* und *Arcor AG & Co. KG*: Eingrenzung der *Kühne*-Rechtsprechung 121

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

I. Sachverhalt und Fragestellung 121
II. Die Empfehlung des Generalanwalts: Tendenz zu einer Pflicht eines Wiederaufgreifens des Verfahrens 121
III. Die Rechtslösung des EuGH: Die Beibehaltung der *Kühne*-Rechtsprechung 122
IV. Bestandskraft durch Fristen und Rechtskraft 123
§ 4. Fazit zum deutschen Recht 125
A. Die „Reduzierung" des Ermessens nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG 128
B. Der Umfang der Rücknahme nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG 133
C. Die Erstattungspflicht der europarechtswidrigen Beihilfen nach § 49a VwVfG 134

Dritter Teil: Die Rückforderung der rechtswidrigen staatlichen Beihilfe in Frankreich 139
§ 1. Terminologische Schwierigkeiten und Begriffsbestimmungen 139
A. Die Rechtsbelehrungsmittel 139
B. Die terminologischen Probleme bei den Rechtsfolgen 141
§ 2. Allgemeine Darstellung des französischen Verwaltungsrechts 141
A. Ein ursprünglich richterrechtliches Regime 143
B. Die Intervention des Gesetzgebers 144
C. Die Kristallisation der Probleme des *Conseil d'État* 146
I. Der *Conseil d'État* und die Literatur: Der „Dialog der Tauben" 146
1. Das widersprüchliche Verhalten des *Conseil d'État* 146
2. Die offizielle Anerkennung des Vorrangs des Unionsrechts 147
II. Die Rolle des Richters anhand der Rückwirkungskontrolle während der Annullierung 147
1. Die Annullierungsentscheidung und ihre Reichweite 147
2. Die Grenzen der Rückwirkung: Das Zeichen der Richtermacht 148
D. Der *Retrait*: Die Mischung des Widerrufs und der Rücknahme 150
I. Der Inhalt des *Retrait* 150
II. Der Begriff der *Création de droits* 150
E. Exkurs: Die *Abrogation* – für die Zukunft und für bestehende Beihilfe geeignet 152
§ 3. Die Hindernisse zur effektiven Umsetzung des Unionsrechts im Bereich des Beihilferechts 153
A. *Acte clair* und *Acte éclairé*: Ursprung und Bedeutung 153

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

I. Der Inhalt des *Acte clair* 154
II. Die *Kühne&Heitz*-Rechtsprechung: Beseitigung von Missbräuchen 156
III. Der *Acte éclairé* 158
B. Die unzureichende Berücksichtigung des Beihilferechts aufgrund der Interpretationsprobleme seitens des französischen Richters 159
I. Die Theorie der *Acte de gouvernement* als Hindernis zur Rückforderung 160
1. Die historische Entwicklung des Begriffs 161
2. Der *Acte de gouvernement*: Eine politische Legitimation (unions-)rechtswidriger Verhalten . . . 162
3. Der *Borotra*-Plan: Die Verwendung der *Acte de gouvernement* 162
§4. Der *Retrait* und das Beihilferecht: eine mühsame Modernisierung 163
A. Die historischen Entwicklungen 163
I. Die *Dame Cachet*-Entscheidung: Maßgebend für das Verwaltungsrecht 163
1. Der Sachverhalt *Dame Cachet* 163
2. Die Rechtsprechung *Dame Cachet* 164
II. Die Entscheidung *Ville de Bagneux*: Eine ideale Lösung für die Beihilfe? 165
1. Zum Sachverhalt *Ville de Bagneux* 165
2. Bewertung der Lösung 166
III. *Sieur Êve* und *Dame de Laubier*: Die Vorbereitung zu Rechtsprechungswechseln 167
1. Die *Sieur Ève*-Entscheidung 167
2. Die *Dame de Laubier*-Entscheidung 168
IV. Das Gesetz *DCRA*: Eine Multiplikation der Regime des *Retraits* 169
B. Die *Ternon*-Entscheidung: Ein Anfang der Lösung 171
I. Sachverhalt 171
II. Der Begriff der *droits acquis*: Hindernis zur effektiven Rückforderung 172
III. Die Trennung der Rücknahmefrist mit der Anfechtungsklage 173
IV. Bedeutung für das Beihilferecht 173
C. Die Entscheidung *Dame Soulier*: Die Subvention als „Rechtsbegünstigung"? 174
I. Die *Ternon-Dame Soulier*-Rechtsprechung im Hinblick auf die Systematik des französischen Verwaltungsrechts 175
II. Die *Ternon-Dame Soulier*-Rechtsprechung im Hinblick auf das Beihilferecht 176
D. Die Entscheidung *Gardedieu*: Die Berücksichtigung der Haftung des Staates wegen seiner Gesetzgebung 177

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

I. Sachverhalt der *Gardedieu*-Entscheidung ... 177
II. Errungenschaft der *Gardedieu*-Entscheidung ... 177
III. Die *Gardedieu*-Entscheidung im Bezug auf das Beihilferecht ... 178
E. Die *Arcelor*-Entscheidung: Eine Loyalitätserklärung des *Conseil d'État* an die europäischen Höfe ... 178
F. Die Entscheidung *VINIFLOHR*: Das Ende der *Actes de Gouvernement* im Hinblick auf das Notifizierungsverfahren ... 181
I. Zum Sachverhalt ... 182
II. Die *Conclusions* des *Commissaire du gouvernement* ... 182
III. Rechtsfrage: Ist die Entscheidung der „Nichtnotifizierung" vom Richter kontrollierbar? ... 183
IV. Die Rechtslösung: Kein Vorliegen eines *Acte de gouvernement* ... 184
V. Konsequenzen für den *Retrait* gemeinschaftsrechtswidriger rechtschaffender Bescheide ... 184
G. Exkurs: Die Modernisierung des materiellen Verwaltungsverfahrensrechts zur Anwendung des EG-Rechts am Beispiel der *CELF/SIDE*-Entscheidungen ... 185
I. Die *CELF/SIDE*-Entscheidungen ... 186
II. Eine progressive Einführung des Prinzips des Vertrauensschutzes auch im französischen Verwaltungsrecht? ... 187
III. Die Auswertung des Ersuchens des *Conseils d'État* mit der Vorlagefrage ... 190
§ 5. Fazit zum französischen Recht ... 191

Vierter Teil: Abschließende Bewertung ... 197
A. Zusammenfassung der historischen Entwicklung ... 198
I. Deutschland ... 198
II. Frankreich ... 199
III. Die Überformung der Rücknahme und des *Retraits* durch die europäische Ebene ... 201
B. Rücknahme rechtswidriger Subventionsbescheide in den jeweiligen Rechtssystemen im Lichte der europäischen Rechtsprechung ... 203
I. Rücknahme und *Retrait*: Ähnlichkeiten ... 203
II. Rücknahme und *Retrait*: Unterschiede ... 203
1. Der französische *Retrait*: Die Summe der Rücknahme und des Widerrufs ... 203
2. Begriff des rechtschaffenden Verwaltungsakts und der „begünstigenden Natur" des Verwaltungsakts ... 203
C. Vertrauensschutz im deutschen und im französischen Recht ... 204
I. Das deutsche Recht ... 204

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

II. Das französische Recht 208
D. Bestandskraft und Rechtskraft 211
I. Der europäische Kontext 211
II. Die französische Antwort 212
III. Die deutsche Antwort 212
E. Eine letzte Baustelle: Die Klarheit des nationalen Gesetzes 213
I. Die deutsche Lage 213
II. Die französische Lage und die Kodifikation 214
F. Abschließendes Fazit 215

Fünfter Teil: Literaturverzeichnis 219
§1. Deutsche Literatur 219
§2. Französische Literatur 228
§3. Normative Texte 239

Sechster Teil: Rechtsprechungsverzeichnis 241
§1. Europäische Rechtsprechung 241
§2. Deutsche Rechtsprechung 246
§3. Französische Rechtsprechung 250

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJDA	Actualité juridique du droit administratif
Az	Aktenzeichen
BHO	Bundeshaushaltordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	Beziehungsweise
CJCE	Cour de Justice des Communautés Européennes
CJUE	Cour de Justice de l´Union Européenne
C.R.D.C	Centre de Recherche en Droit Constitutionnel
CVO	Cotisations Volontaires Obligatoires
DCRA	Droit des Citoyens dans leurs Relations avec l´Administration
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsche Verwaltungsblätter
EG	Europäische Gemeinschaft
Entsch.	Entscheidungen
EEG	Erneuebare Energie Gesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohl und Stahl
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
GAJA	Les Grands Arrêts de la Jurisprudence Administrative
GewArch	Gewerbearchiv
Hrsg	Herausgeber
i. S. d.	Im Sinne des
i. S. v.	Im Sinne von
JuS	Juristische Schulung
JURA	Juristische Analysen
JZ	Juristische Zeitung
KOM	Kommission
LPA	Les Petites Affiches
LVG	Landesverwaltungsgericht
MLR	Marburger Law Review
MOG	Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

NJW	Neue Juristische Woche
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PUF	Presses Universitaires de France
PUAM	Presses Universitaires d´Aix-Marseille
RA	La Revue Administrative
RDP	Revue de droit Public
Req.	Requête
RFDA	Revue française de droit administratif
RIDC	Revue International de Droit Comparé
Rn	Randnummer
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
Rs	Rechtssache
Slg	Sammlung von Entscheidungen
Urt.	Urteil
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VwVfG	Verwaltungsverfassungsgesetz
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

https://doi.org/10.5771/9783828866904-1
Generiert durch IP '18.219.112.111', am 16.04.2024, 13:14:17.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.